

Kampagne SAFER PRIVACY
c/o JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
E-Mail: info@safer-privacy.de

Berlin, der 23.11.08

<<Name>>
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10 111 Berlin

Keine „gläsernen Schüler“ in Berlin – gegen die zentrale Speicherung von Schülerdaten

Sehr geehrter <<Anrede>> <<Name>>,

mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass die rot-rote Landesregierung die von Datenschützern heftig kritisierte Schülerdatei im Januar des kommenden Jahres auch in Berlin einzuführen plant. Für uns ist nicht erkennbar, warum die bestehenden Schulverwaltungsinstrumente nicht ausreichen. Die Landesregierung zielt offenbar darauf ab, den „gläsernen Schüler“ zu schaffen – mit all den damit verbundenen Implikationen und negativen Folgen. Dieses Vorgehen erscheint uns unverhältnismäßig gegenüber der erhofften Effizienzsteigerung der Schulverwaltung.

Die Schülerdatei verletzt die Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen und Schüler in Berlin auf nicht hinnehmbare Weise. Gerade von der Partei DIE LINKE erhoffen wir uns erhöhte Sensibilität für die Erhaltung bürgerrechtlicher Prinzipien sowie ein klares Statement gegen den weiteren Ausbau des Überwachungs- und Sicherheitsstaates. Dieser würde mit der Einführung einer Schülerdatei allerdings weiter forciert.

Die geplante zentrale Erfassung personenbezogener Daten zu nicht-deutscher Herkunftssprache, Angaben zu ärztlichen Untersuchungen, Details der individuellen sozialen Situation, außerunterrichtlicher Förderung und Betreuung sowie eventuellem Fernbleiben vom Unterricht öffnet Tür und Tor für Datenabgleiche mit anderen Ämtern, insbesondere den Polizei- und Ausländerbehörden. Bereits jetzt ist der Datenaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden, der Polizei, den Jugendämtern einschließlich der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende sowie den Gesundheitsämtern geplant.

Es ist bisher vorgesehen, die Schülerdaten in pseudonymisierter – nicht aber anonymisierter – Form zur statistischen Auswertung heranzuziehen. Aber auch wenn es bislang nicht der Intention des Gesetzgebers entsprechen sollte, der Erstellung von Sozialprofilen einzelner Familien, der Verfolgung illegalisiert in Deutschland lebender Schülerinnen und Schüler oder auch der gezielten Rasterfahndung, wie wir sie nach dem 11. September bei Studierenden erlebt haben, den Weg zu bereiten – spätestens die kommende Regierungskoalition könnte ohne weiteres eine entsprechende Ausweitung der Zugriffs-, Abgleichs-, und Verwendungskompetenz mit einem minimalen legislativen Aufwand umsetzen.

Die Entwicklungen bundesdeutscher Innenpolitik haben in den letzten Jahren gezeigt, dass Befürchtungen dieser Art sich leider häufig genug bewahrheiten. Die Partei DIE LINKE darf daher nicht Steigbügelhalter für reaktionäre Phantasien allumfassender staatlicher Kontrolle sein. Im Gegenteil: In Zeiten des Überwachungswahns betrachten wir es als die vornehmliche Aufgabe einer linken Partei, ein Zeichen der Vernunft zu setzen und die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats zu verteidigen.

Daher kann es nun nicht nur um Nachbesserungen am Gesetzesentwurf gehen. Dieser Entwurf muss stattdessen in seiner Gänze abgelehnt werden. Denn die Partei DIE LINKE legt mit ihrer Zustimmung nicht nur die Grundlage für den weiteren massiven Ausbau des Überwachungsstaates, sie würde sich aktiv an diesem beteiligen.

Denn die Schülerdatei würde bereits mit ihrer Einführung die Position und rechtliche Stellung von Schülerinnen und Schülern verschlechtern:

- Da die Daten – ohne Einverständnis der Betroffenen – erhoben und ausgetauscht würden, wäre das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht mehr gewährleistet. Diesem zufolge müssen die Betroffenen Auskunft darüber erhalten können, wer welche Informationen über sie, bei welcher Gelegenheit und zu welchem Zweck gespeichert hat und einsehen kann.
- Wird der soziale Hintergrund eines Schülers (Herkunft, finanzielle Situation, schulische Leistung) gespeichert und Schulen, auf denen Schüler angemeldet werden sollen, der Zugriff auf diese Daten gestattet, droht die Auswahl der Schülerschaft entlang eines homogenen sozialen Milieus. Dies befördert den bedenklichen Trend der sozialen Segregation von Bildungseinrichtungen, der im völligen Widerspruch zur Idee gerechter Bildungschancen steht.
- Wenn „Schulschwänzer“ erfasst werden, erschwert dies Schülern den Wechsel der Schule und somit die Chance auf einen „Neuanfang“.
- Die Kinder von illegal in Deutschland lebenden Eltern würden durch die zentrale Erfassung ihrer Daten vom Schulbesuch abgeschreckt werden. Sie wären somit nicht in der Lage, ihr Menschenrecht auf Bildung wahrzunehmen und müssten unter Benachteiligungen leiden, die sie in keiner Weise selbst verschuldet hätten. Ihnen würde die Integration und damit ein menschenwürdiges Leben in Deutschland de facto versagt.

Die Berliner Wählerinnen und Wähler haben DIE LINKE auch gewählt, weil sie sich von ihr die Verteidigung ihrer Grundrechte erhoffen. Das Vorgehen der Landesregierung und damit der Partei DIE LINKE widerspricht allerdings in fundamentaler Weise dem linken Grundkonsens, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen ausufernde staatliche Überwachung und Repression zu schützen.

Als gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses tragen Sie persönlich Verantwortung für die politischen Beschlüsse des Parlaments. Daher möchten wir Sie auffordern, gegen den geplanten Gesetzesentwurf zu stimmen. Die linke Öffentlichkeit in Berlin wird das Verhalten der Linkspartei in der Frage der Schülerdatei sehr genau verfolgen. Bitte enttäuschen Sie nicht die Hoffnung, die Menschen aus dem linken Spektrum, darunter der aktiven Bürgerrechtsbewegung, in die Partei DIE LINKE setzen.

Mit besorgten Grüßen,
Die Kampagne SAFER PRIVACY